

Wenn man heute, nach fünfzig Jahren, auf die Gründung der „Gesellschaft für christlich-demokratische Bildungsarbeit“, der Vorläuferin der Konrad-Adenauer-Stiftung, zurückblickt, ist es angemessen, dieser Rückschau ein Wort von Konrad Adenauer voranzustellen, das treffend die Zielsetzung einer systematischen politischen Bildung für alle Staatsbürger zum Ausdruck bringt. Im Jahr 1965 sagte er zu seiner langjährigen Mitarbeiterin Anneliese Poppinga: „Meine Sorge ist, ob auch die einzelnen Bürger das richtige Verhältnis zum Staat haben. Mit dem richtigen Verhältnis des Bürgers zum Staat steht und fällt die parlamentarische Demokratie. Die Demokratie kann sich nicht nur stützen auf einen Kreis von Leuten, die im Bundestag sitzen. Jeder einzelne Bürger muss wissen, dass er bestimmte Aufgaben zu erfüllen hat, zum Beispiel in den Gemeinden oder auf der Landes- und Bundesebene sich für die Arbeit der Parteien zu interessieren, möglichst aktiv in den Parteien mitzuwirken und dadurch ihre Richtung mitzubestimmen. Er muss sich, so gut er kann, eine eigene Meinung zu bilden versuchen über den politischen Weg, den dieser Staat gehen soll.“

Konrad Adenauer bestätigte und bekräftigte damit die Leitidee, die bereits zehn Jahre zuvor führende Persönlichkeiten der CDU zur Gründung einer zukunftsweisenden christlich-demokratischen Bildungsinstitution veranlasst hatte: Am 20. Dezember 1955 wurde im Dienstzimmer des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bun-

destag in Bonn, Heinrich Krone, mit der Gründung der „Gesellschaft für christlich-demokratische Bildungsarbeit“ der Grundstein für die spätere „Konrad-Adenauer-Stiftung“ gelegt. Äußerer Anlass für dieses Treffen war die sich überraschend anbietende Möglichkeit, eine für das Vorhaben geeignete Bildungsstätte im Umfeld von Bonn zu erwerben, deren Kauf als rechtliche Voraussetzung die Gründung eines Vereins erforderte. So war die Begegnung, wie es Mitbegründer Konrad Kraske, damals Stellvertretender Bundesgeschäftsführer der CDU, formuliert, „allein und ausschließlich zum Zweck der Erwerbung des Hauses Eichholz“ einberufen worden.

Ein kompetentes Gründungsgremium

Dem Gründungsgremium vom 20. Dezember 1955 gehörten unter anderen an: Ernst Bach (Bundesschatzmeister der CDU 1950 bis 1959), Heinrich Barth (Bevollmächtigter Bremens beim Bund 1954 bis 1960 und persönlicher Referent von Bundeskanzler Adenauer 1960 bis 1963), Bruno Heck (Bundesgeschäftsführer der CDU 1952 bis 1958 und ihr erster Generalsekretär 1968 bis 1971), Konrad Kraske (Stellvertretender Bundesgeschäftsführer der CDU 1954 bis 1958, Bundesgeschäftsführer 1958 bis 1970 und Generalsekretär 1971 bis 1973), Bankier Robert Pferdenges (Mitglied des Bundestages 1950 bis 1962), Adolf Süsterhenn (Präsident des Oberverwaltungsgerichtes und des Verfassungsgerichtshofes von Rhein-

land-Pfalz 1951 bis 1961) und Richard Stücklen (Stellvertretender Vorsitzender der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag 1953 bis 1957 und Vorsitzender der Landesgruppe 1966 bis 1976).

Die „Gründungsväter“ bestätigten die Absicht, mit ihrer Stimme und Zustimmung den Weg für eine Bildungsstätte zu ebnen, in der staatsbürgerliche Bildung auf christlich-demokratischer Grundlage verwirklicht werden sollte. Zum ersten Vorsitzenden wurde Bruno Heck, zu seinem Stellvertreter Konrad Kraske und zum Schriftführer Heinrich Krone gewählt – drei Persönlichkeiten, die eng mit der Bildungsarbeit verbunden blieben und ihre Entwicklung entscheidend mitbestimmten. Heinrich Krone war es auch, der im CDU-Bundesvorstand zusammen mit Bruno Heck die Initialzündung für die neue Institution gegeben und mit Nachdruck auf die Notwendigkeit einer CDU-Schulungs- und Bildungsstätte hingewiesen hatte, so etwa bei der Sitzung am 5. Februar 1955: „Wenn unsere Partei ihre großen Aufgaben auf die Dauer erfüllen will, müssen wir dafür sorgen, dass wir Nachwuchs bekommen. Früher gab es Organisationen im vorpolitischen Raum, wie der Volksverein für das katholische Deutschland in Mönchengladbach, aus denen die führenden Sozialpolitiker, zum Beispiel Heinrich Brauns, Adam Stegerwald, Max Hans Habermann und so weiter, hervorgegangen sind. Das fehlt heute. Wir haben zwar heute eine Vielzahl von Bildungsstätten, aber nichts Durchgreifendes. Wir müssen also zur Selbsthilfe greifen und größere Mittel investieren für diese Aufgabe, die ein dringendes Problem ist, das gelöst werden muss, wenn wir nicht eines Tages leergelaufen dastehen wollen.“

Die Erfolgskurve bei den Wahlen und auf Regierungsebene allein schien vielen Persönlichkeiten in der CDU keine ausreichende Garantie dafür zu sein, dass die Partei organisatorisch und personell den

Anforderungen der kommenden Jahre und Jahrzehnte gewachsen war, zumal die Partei im Gegensatz zur homogenen, auf die Parteistruktur der Weimarer Republik zurückgreifenden SPD durch ihre föderale Aufgliederung als Neugründung nach 1945 noch keine klar umrissene Organisationsform aufweisen konnte.

Stärkung des staatsbürgerlichen Bewusstseins

Wie sich aus den Protokollen des CDU-Bundesvorstandes und aus den *Erinnerungen* von Bundeskanzler Adenauer ablesen lässt, kam die Sorge um eine Stabilisierung und Profilierung der CDU in vielen Äußerungen, Referaten und Diskussionsbeiträgen immer wieder zur Geltung. Sie führte zu der Schlussfolgerung, eine „Ausbildungs- und Schulungsstätte“ zur Förderung des politischen Nachwuchses zu errichten und durch Seminare, Vorträge und andere Veranstaltungen eine intensive Bildungsarbeit über die Grundsätze der Demokratie, über innen- und außenpolitische Probleme und vor allem über die Prinzipien christlich-demokratischer Politik durchzuführen. Nur dadurch sei es möglich, die Integrationskraft der Partei und zugleich das staatsbürgerliche Bewusstsein für die Werte der Demokratie zu stärken.

Zum engagierten Sprecher dieses Vorhabens machte sich der Bundesgeschäftsführer der CDU, Bruno Heck, der als Initiator und Motor der „Gesellschaft für christlich-demokratische Bildungsarbeit“ angesehen werden kann, bei einer Sitzung des CDU-Bundesvorstandes am 3. Juni 1955 in Bonn: „Was die Partei dringend braucht, ist ein Zentrum für die politische Schulungs- und Bildungsarbeit. Die Zusammenarbeit und das Zusammenwirken mit einem solchen Zentrum wird die Wochenendschulung in den Landes- und Kreisverbänden der CDU wesentlich fördern können. Ein solches Zentrum für politische Schulungs- und Bildungsarbeit

Eröffnung der Politischen Akademie Eichholz am 12. April 1957.
Von links: Bruno Heck, Konrad Adenauer, Kai-Uwe von Hassel,
Eugen Gerstenmaier, Kurt Georg Kiesinger, Franz Meyers, Heinrich Krone.

Foto: ACDP



müsste meines Erachtens vier Aufgaben bekommen:

erstens die Ausbildung und Weiterbildung der hauptamtlichen Kräfte der Partei;
zweitens die systematische Schulung und Bildung des politischen Nachwuchses;
drittens die Durchführung von politischen Bildungskursen nach einzelnen Fachgebieten;
viertens die Durchführung von Wochenendtagungen, wie sie etwa bisher bei evangelischen und katholischen Akademien veranstaltet werden, allerdings hier auf überkonfessioneller Grundlage.

Ich gehe dabei von folgender Erwägung aus: In dem uns zugeordneten christlichen Raum stehen nahezu für alle Fachgebiete ausgezeichnete und vorzügliche Kräfte zur Verfügung, und zwar in viel größerem Umfange und, wie ich meine, auch besserer Qualität als etwa für die Sozialisten und Liberalen. Diese Kräfte zeigen aber wenig Neigung, im normalen Rahmen der Parteiorganisation auf Orts-

oder Parteiebene tätig zu sein. Man muss wohl zugestehen, dass sich die Organe der Partei auf Bundes-, Landes- und Kreisebene zu wenig um diese Persönlichkeiten bemüht und noch keine Formen entwickelt haben, diese Kräfte in geeigneter Weise anzusprechen und für die Arbeit der Partei nutzbar zu machen. Ich ver spreche mir von der Durchführung akademieähnlicher Wochenendtagungen mit Persönlichkeiten erster Qualität sehr viel, allerdings nicht nur, dass diese Persönlichkeiten damit näher an die Partei herangeführt werden; ich glaube vielmehr, dass darüber hinaus die Partei durch eine solche Mitarbeit von vorzüglichen Kräften insgesamt erheblich gewinnen könnte.“

Bundeskanzler Adenauer gab im Bundesvorstand zu den Ausführungen Bruno Hecks einen für ihn wohl typischen Kommentar: „Ich gehöre zu denjenigen unter uns, die das Entstehen der Partei von Anfang an miterlebt haben. Ich habe

manchmal Sorge, dass wir trotz der Jungen Union in manchen Kreisen überaltert sind. Nach dem, was ich höre aus diesen oder jenen Kreisen, sitzen dort die Herren, die im Jahr 1946 die Partei gegründet haben, festgemauert auf ihren Stühlen und lassen überhaupt niemand anders an die Sache heran. Sie sehen darin eine gewisse Ehre, dass sie die Sache machen. Sie bekommen dadurch auch ein gewisses Ansehen, aber die Jugend kommt nicht heran. Und hierauf muss ganz allgemein geachtet werden.“ Immerhin: Konrad Adenauer war damals selbst fast achtzig Jahre alt!

Der erste Schritt

Schon zwei Tage nach der Gründungsversammlung der „Gesellschaft für christlich-demokratische Bildungsarbeit“ folgte am 22. Dezember 1955 im Eilschritt die erste Konsequenz aus dem Gründungsakt: Mit dem bisherigen Besitzer von Haus Eichholz, August Karl von Joest, wurde der Ankauf des in der Gemarkung Urfeld bei Wesseling liegenden Landsitzes durch die neue Gesellschaft abgeschlossen. Haus Eichholz mit einem 1,5 Hektar großen Parkgelände ging in den Besitz des Vereins über. Ebenso prompt wie die Gründung begann der neue Verein, Haus Eichholz für die Aufgaben einer Bildungsstätte umzugestalten und zu modernisieren. In Abstimmung mit der CDU-Bundesgeschäftsstelle unter Bruno Heck waltete zunächst Fritz Leser ab 1. März 1956 als erster Geschäftsführer seines Amtes, ab 1. Oktober unterstützt von dem Soziologen und Publizisten Rüdiger Altmann als seinem Stellvertreter und späteren Nachfolger von 1958 bis 1960. Beide entwickelten die Programme der ersten Bildungsveranstaltungen und steckten die Leitlinien der künftigen Bildungsarbeit ab.

Noch bevor am 12. April 1957 die „Politische Akademie Eichholz“, so der neue Name des offiziell am 26. April 1958 umbenannten Trägervereins, von Bundeskanzler Konrad Adenauer feierlich eröff-

net wurde, konnten schon mehrere Bildungsseminare, Konferenzen und Tagungen durchgeführt werden, die guten Zuspruch fanden und sofort die Notwendigkeit einer solchen Bildungsstätte unter Beweis stellten. Schon das erste so genannte „Informationsseminar“, das am 3. Dezember 1956 begann, sprengte in seiner Thematik den eng gefassten, später heiß diskutierten Begriff einer „Parteischulungsstätte“ und griff aktuelle Zeitprobleme über den eigentlichen Parteiram hinaus auf. Erste Teilnehmer in Eichholz waren politisch interessierte junge Erwachsene vor allem aus dem norddeutschen Raum. Im Dezember folgten noch fünf weitere Bildungsveranstaltungen.

„Politische Akademie Eichholz“

Weil der Begriff „Gesellschaft für christlich-demokratische Bildungsarbeit“ sich zu eng an die Firmierung „Christlich-Demokratische Union“ anlehnte, fand man mit „Politische Akademie Eichholz“ eine Bezeichnung, die eine gewisse Selbstständigkeit der naturgemäß der CDU nahe stehenden neuen Institution zum Ausdruck brachte. In der am 26. April 1958 verabschiedeten Satzung für die „Politische Akademie Eichholz e. V.“ kamen bereits deutlich die weit gesteckten Ziele der Bildungsstätte zum Ausdruck, die sich nicht auf Tagungen und Seminare beschränken wollte, sondern schon jetzt die später so umfassenden Aufgabengebiete der Konrad-Adenauer-Stiftung in den Blick nahm. Unter Paragraph 2 über den Zweck des Vereins hieß es:

„Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar als gemeinnützigen Zweck das Ziel, die demokratische und staatsbürgerliche Bildung des deutschen Volkes auf christlicher Grundlage zu fördern. Er wird zu diesem Zwecke:

- a) insbesondere in der Politischen Akademie Eichholz Tagungen und ein- und mehrwöchige Kurse und Seminare veranstalten;

- b) die internationale Verständigung, insbesondere die europäische Einigung, durch Einladung ausländischer Gruppen und Unterstützung von Auslandsreisen fördern;
- c) begabten und charakterlich geeigneten jungen Menschen den Zugang zu einer wissenschaftlichen Ausbildung erschließen.“

Blickt man zurück auf die politische Landschaft in Deutschland im Jahr 1955, im Gründungsjahr der späteren „Konrad-Adenauer-Stiftung“, dann ist das Bemühen um eine intensivere staatsbürgerliche Bildung, wie sie von maßgebenden CDU-Persönlichkeiten angestrebt wurde, als eine überaus weitsichtige Initiative zu bewerten. Denn die CDU/CSU hätte sich getrost auf den bisherigen Erfolgen ausruhen und auf das in den Wahlergebnissen zum Ausdruck kommende Votum breiter Volksschichten zu ihren Gunsten auch in Zukunft vertrauen können.

Phänomenaler Aufschwung mit Adenauer und Erhard

Unter der Kanzlerschaft Konrad Adenauers hatte sich die Bundesrepublik seit 1949 durch ihre klare Entscheidung für die westlichen Demokratien nach der Gewaltherrschaft des Naziregimes weltweit Geltung und Anerkennung erringen und eine neue Lebensbasis für das deutsche Volk in Frieden und Freiheit begründen können, für die im Jahr 1955 weitere Marksteine gesetzt wurden. Durch die Pariser Verträge war die Bundesrepublik seit Mai 1955 souverän geworden, das Besatzungsstatut aufgehoben, die Hohe Kommission aufgelöst. Die Bundesrepublik gehörte der NATO an und war nun fest eingebunden in das westliche Verteidigungsbündnis. Die im September 1955 nach äußerst schwierigen Verhandlungen durch den Bundeskanzler erreichte Freilassung der letzten etwa 15 000 Kriegsgefangenen und Zivilverschleppten in der Sowjetunion hatte Konrad Adenauer und

seiner Regierung eine kaum vorstellbare Popularität erbracht. Wirtschaftlich war nach wie vor ein geradezu phänomenaler Aufschwung zu verzeichnen. Seit dem Jahr 1949 konnten über 2,5 Millionen Wohnungen gebaut werden, und das Brutto-sozialprodukt hatte sich in diesem Zeitraum verdoppelt. Es war gelungen, etwa zehn Millionen Flüchtlinge und Vertriebene in die Bundesrepublik einzugliedern und ihnen Arbeit und eine neue Heimat zu geben – um nur einige Schwerpunkte der damaligen politischen und wirtschaftlichen Situation in der Bundesrepublik zu nennen.

Trotz aller Erfolge in der Innen- und Außenpolitik bedrängte die CDU-Führung die Sorge, ob die schichtenübergreifende und interkonfessionelle Partei in Zukunft in der geistigen Auseinandersetzung mit materialistisch-marxistischen Vorstellungen auf Dauer bestehen könne und ob vor allem genügend politisch interessierte junge Menschen motiviert seien, sich für die christlich-demokratische Idee zu engagieren und in ihrem Sinne Verantwortung für Staat und Gesellschaft zu übernehmen. Gleichsam aus dem Stand heraus hatte die CDU nach ihrer vor allem lokal und regional strukturierten Gründung überall in den Kommunen, in den Ländern und dann nach der Regierungsbildung 1949 auf Bundesebene Verpflichtungen und Verantwortungen übernommen; doch noch hatte die Partei keine feste Basis gefunden und konnte ihren Mitgliedern und Mitarbeitern noch keine systematische Schulung über christlich-demokratische Politik und über aktuelle Probleme in den verschiedensten Wirkungsbereichen ermöglichen.

Die CDU war mehr eine Wähler- und Wahlpartei als eine Programm- und Mitgliederpartei. Die Zahl ihrer Mitglieder entsprach noch längst nicht der politischen Bedeutung, die die CDU in den Jahren nach 1945 errungen hatte. Erst im Jahr 1950 hatten sich die Landesverbände beim

Gründungsparteitag der CDU Deutschlands vom 20. bis 22. Oktober in Goslar unter dem Motto „Einigkeit und Recht und Freiheit“ als Bundespartei zusammengeschlossen. Aber erst ab 1952 konnte die Bundespartei durch den agilen neuen Bundesgeschäftsführer Bruno Heck ihren „stark improvisierten Charakter“ (Kurt Georg Kiesinger) zum Teil überwinden. Er baute die Bundesgeschäftsstelle in Bonn auf und organisierte die Wahlkämpfe für die Bundestagswahlen 1953 und 1957. Im Jahr 1957 erhielt die CDU/CSU 50,2 Prozent (SPD: 31,8 Prozent) der Stimmen, erreichte also die absolute Mehrheit.

Die Bevölkerung wollte angesichts der bisherigen Leistung der Regierung in ihrer Mehrheit keine Richtungsänderung, so dass der in den Vordergrund gestellte Wahlkampfslogan „Keine Experimente!“ voll durchschlug. Weder in der Außenpolitik noch in der Sozial- und Wirtschaftspolitik wurde Konrad Adenauers Kurs infrage gestellt. Und die mit dem Slogan „Wohlstand für alle“ zum Ausdruck gebrachte Zuversicht für die weitere Entwicklung der von Ludwig Erhard initiierten „Sozialen Marktwirtschaft“ fand weithin Zustimmung und entsprechend auch Wählerstimmen.

Befähigung zur geistigen Auseinandersetzung

Als ein festgefügt Vorurteil hat sich seit Jahrzehnten die Auffassung eingeprägt, Bundeskanzler Konrad Adenauer habe sich nur wenig für die interne Parteiarbeit und die politische Bildung der Mitglieder und Mitarbeiter interessiert und der CDU lediglich zu Wahlzeiten besondere Beachtung geschenkt. Es lag ihm jedoch, wie die Protokolle der Sitzungen des CDU-Bundesvorstands belegen, sehr am Herzen, Institutionen zu schaffen, die zur „geistigen Auseinandersetzung mit der kommunistisch-marxistischen Ideologie befähigten und den Wert der christlich-demokratischen Weltanschauung herausstell-

ten“. In dieser Polarisierung fasste Konrad Adenauer die zukünftige politische und gesellschaftspolitische Herausforderung in der von ihm bekannten Einfachheit zusammen, obwohl das Aufgabenspektrum politischer Bildung weit über diesen engen Schwarzweißrahmen hinausging und auch in Schloss Eichholz von Anfang an entsprechend realisiert wurde.

Immer wieder wandte sich Konrad Adenauer energisch gegen „materialistisches Denken und Handeln in breiten Bevölkerungskreisen“. Er rief schon Anfang der fünfziger Jahre dazu auf, auf der Basis christlicher Prinzipien zur „Lösung der geistigen Krise“ beizutragen. Teile der Bevölkerung seien für die höheren geistigen Werte nicht genügend aufgeschlossen: „Wenn es den freien Völkern nicht gelingt“, so stellte er fest, „das Gefühl für den Wert der auf christlichem Boden entstandenen Güter zu steigern, dann wird die Zukunft sehr dunkel sein. Denn mit dem dialektischen Materialismus, mit dem Kommunismus, ist notwendigerweise Sklaverei und Herrschaft einer kleinen Schicht verbunden.“ Seine unbeirrbar moralischen Prinzipien hatten Konrad Adenauer auch im Ausland großes Vertrauen eingebracht. So stellte Robert Schuman Anfang 1961 fest, „dass Deutschland es einzig und allein der Politik und der geistigen und moralischen Persönlichkeit Konrad Adenauers zu verdanken hat, dass es so bald in die Familie der Nationen gleichberechtigt aufgenommen wurde“.

Folgt man dieser Leitlinie, dann lag die Gründung der Politischen Akademie Eichholz und ihre spätere Weiterentwicklung als Konrad-Adenauer-Stiftung voll im Sinn der Intentionen Konrad Adenauers, der sich ihr stets verbunden fühlte und mit großem Interesse ihren Weg begleitete. Mit der Eröffnung der Politischen Akademie Eichholz am 12. April 1957 war endlich das seit langem angestrebte Ziel einer Bildungsstätte erreicht, jedoch noch nicht klar umrissen, wie die hier vermittelte Bildung

aussehen und welche Wege sie gehen sollte. Bundeskanzler Adenauer sah in seiner Eröffnungsansprache die Aufgabe der Akademie darin, in Zukunft dafür zu sorgen, die Werte der christlich-demokratischen Bewegung in der Partei stets lebendig und im Bewusstsein der Bevölkerung gegenwärtig zu halten.

Im Einzelnen ging Kai-Uwe von Hasel, der Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, auf die Perspektiven der künftigen Akademiearbeiten ein: „Wir dürfen nicht müde werden, an der aufbauenden Synthese von Rechten und Pflichten des Staatsbürgers mitzuwirken, wobei wir durch unser Bekenntnis zur staatsfreien Sphäre, wie sie durch die verfassungsmäßig geschützten Grundrechte gewährleistet ist, davor bewahrt sind, jemals die Grenzen zum totalen Staat zu überschreiten. Diese tief gegründete und politisch wirksam gewordene Konzeption vom sozialen und demokratischen Rechtsstaat macht die eigentlich sammelnde Kraft der christlichen Demokratie aus.“

Parteiunabhängig, aber CDU-nah

In einem Rückblick auf die Anfänge der Konrad-Adenauer-Stiftung hat Bernhard Gebauer, von 1966 bis 1981 Leiter der Akademie, im Jahr 1976 zum zwanzigjährigen Bestehen der Politischen Akademie Eichholz die Situation im Gründungsjahr treffend beschrieben: „Die Gründung und Arbeitsaufnahme waren in mancherlei Hinsicht ein Wagnis. Es gab keine Vorbilder für eine derartige Bildungsstätte, die über christlich-demokratische Politik informieren und orientieren sollte und die diese Politik reflektieren konnte. Darüber hinaus wurde die Akademie zu einem Zeitpunkt gegründet, als die junge christlich-demokratische Partei unter der Führung Konrad Adenauers ihre größten politischen Erfolge hatte, gleichzeitig aber gerade auch diese Volkspartei und eine auf sie orientierte Bildungsarbeit noch den allseits verbreiteten Antiparteien-Affekt zu bewälti-

gen hatte. Nicht allein der Streit darüber, ob politische Bildung nur ‚überparteilich‘ und ‚überkonfessionell‘ richtige politische Bildung sei, war für eine junge gesellschaftspolitisch eindeutig orientierte Bildungsstätte ein Problem, sondern auch die Spannung, die sich aus den Meinungsverschiedenheiten darüber ergab, ob die Akademie selbstständig und unabhängig politische Bildung – orientiert an christlich-demokratischen Wertvorstellungen – vermitteln sollte oder ob es nicht sinnvoller wäre, einer direkt der CDU unterstellten Parteischulungsstätte den Vorzug zu geben. Dem Vorsitzenden der Konrad-Adenauer-Stiftung, Bruno Heck, damals Bundesgeschäftsführer der CDU, ist es zu verdanken, dass der Gründung einer parteiunabhängigen, aber eindeutig an christlich-demokratischer Politik orientierten Bildungsstätte der Vorzug gegeben wurde.“

Nach der Umbenennung der Ende 1955 gegründeten „Gesellschaft für christlich-demokratische Bildungsarbeit“ in „Politische Akademie Eichholz“ am 26. April 1958 übernahm Prof. Dr. Arnold Bergstraesser den Vorsitz. Dem neuen Bundesgeschäftsführer der CDU, Konrad Kraske, wurde die Aufgabe des geschäftsführenden Vorsitzenden übertragen. Nach dem Ausscheiden von Rüdiger Altmann beauftragte der Vorstand Peter Molt ab 1. April 1960 mit der Leitung der Akademie, die er bis 1966 wahrnahm; ihm folgte Bernhard Gebauer in diesem Amt.

Ein von Peter Molt formulierter Rückblick auf die Anfänge der Akademie erweist sich als überaus aufschlussreich, weil er die Strömungen und Tendenzen der künftigen Bildungsarbeit in jenen Jahren aus eigener Erfahrung beurteilen und einordnen kann. Peter Molt erinnert daran, dass das Vorbild der 1925 gegründeten, während des Naziregimes verbotenen und nach dem Zweiten Weltkrieg wieder neu ins Leben gerufenen sozialdemokratischen Friedrich-Ebert-Stiftung bei der

Gründung der späteren Konrad-Adenauer-Stiftung eine wichtige Rolle gespielt habe. Eine Volkspartei wie die CDU benötige unbedingt eine entsprechende Schulungs- und Bildungsstätte, um sich im Parteienspektrum der Bundesrepublik Deutschland ihrer Aufgabe gemäß darstellen sowie auch eine Informations- und Diskussionsbasis für ihre Mitglieder und Mitarbeiter bieten zu können.

Peter Molt zitiert einen von Bruno Heck im Jahr 1989 an ihn gerichteten Brief, in dem es heißt: „Die Politischen Stiftungen, so wie sie heute sind, sind nicht nach einem Plan so gemacht worden. Sie haben ihre je eigenständige Gestalt im Laufe der vergangenen Jahrzehnte durch ihre Arbeit gewonnen. Sie sind nicht gemacht worden, sondern den Bedürfnissen und Notwendigkeiten entsprechend gewachsen. Sie haben sich im In- und Ausland Respekt und Ansehen erworben. Sie sind eine bemerkenswerte Leistung der politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland.“

Eine Zeit des Suchens und Experimentierens

Was sich aus der „Gesellschaft für christlich-demokratische Bildungsarbeit“, seit 1958 der „Politischen Akademie Eichholz“, entwickeln würde, war in der Tat damals in keiner Weise abzusehen. So bezeichnet Peter Molt die ersten Jahre nach der Gründung mit Recht als eine Zeit „des Suchens und Experimentierens“, bis vor allem in seiner Zeit als Akademieleiter von 1960 bis 1966 eine in Zukunft weitergeführte Linie vorgezeichnet werden konnte, die später bei den sich ergebenden politischen, sozialen und gesellschaftlichen Entwicklungen immer wieder den jeweiligen Bedürfnissen der Bildungsarbeit angepasst wurde.

Schon innerhalb kurzer Zeit kam es zu einer auf Dauer tragfähigen, immer weiter ausgefächerten Konzeption einer politischen Bildungsarbeit, die sich auf die

christlich-demokratischen Grundwerte stützte und geschichts- und sozialwissenschaftliche Forschungen und Erkenntnisse bei den von der Akademie angebotenen Veranstaltungen weitgehend berücksichtigte. Die Bildungskonzeption fand Ausdruck in mehreren Veranstaltungsformen, die sich weiterentwickelten und einen so großen Zuspruch fanden, dass die Kapazitäten der Akademie nicht mehr ausreichten und 1963, dann wieder 1970 zu großzügigen Erweiterungsbauten von Schloss Eichholz führten.

Blickt man zurück auf die Programme der Akademie Eichholz in den ersten Jahren nach der Gründung, so lässt sich daraus eine erstaunliche Vielfalt der Themen und schon bald eine straffe Systematisierung der angebotenen Kurse und Seminare ablesen. „Ausgangspunkt der Überlegungen“, so fasst Peter Molt die Entwicklung dieser Zeit zusammen, „war, dass die Arbeit nur dann Erfolg haben konnte, wenn die Akademie ein Programm anbot, das den Interessen und Bedürfnissen der jeweiligen Teilnehmerkreise entsprach, konnte die Akademie doch nicht wie konfessionelle Einrichtungen oder Bildungsstätten von Organisationen sich auf einen durch eine bestimmte Interessenlage zu begrenzenden Teilnehmerkreis allein konzentrieren. So entwickelte die Akademie aus ihren spezifischen Arbeitsbedingungen, aber auch aus der Einsicht, dass hier eine wichtige und zentrale Aufgabe der politischen Bildung überhaupt gegeben war, ein Konzept funktionsbezogener politischer Bildungsarbeit.“

Auf dieser Basis wurden drei große Zielgruppen angesprochen, die auch in späterer Zeit im Zentrum der Akademiearbeit standen: Zunächst Funktionsträger auf den verschiedenen Ebenen, Beamte und Verbandsmitarbeiter, dann Verantwortliche für die öffentliche Meinungsbildung wie Journalisten, Lehrer und Geistliche beider Konfessionen und schließlich junge Männer und Frauen, die sich poli-

tisch engagieren und Kenntnisse über demokratische Spielregeln aneignen wollten. Für die verschiedenen Zielgruppen wurden jeweils spezifische Studien- und Fachtagungen und für die dritte Gruppe das Politische Seminar mit verschiedenen Stufungen und einer insgesamt siebenwöchigen Dauer angeboten. Schon damals sollte nicht nur Wissen im Schüler-Lehrer-Stil vermittelt, sondern das politische Bewusstsein vor allem im Gespräch mit auch kontroversen Diskussionen gefördert werden.

Politische Kernprobleme im Mittelpunkt

Die Thematik richtete sich nach den aktuellen Entwicklungen und berücksichtigte besonders politische Kernprobleme, so etwa die Teilung Deutschlands, die Fragen der Ostgrenzen, die Soziale Marktwirtschaft, die internationale Politik und die Entwicklungspolitik, die Gestaltung Europas, die Strukturen der deutschen Parteien und die Bedeutung der öffentlichen Meinungsbildung, um nur einige Schwerpunkte zu nennen, die weit über eine parteigebundene politische Bildung hinausgingen.

Der Themenkreis und das Aufgabenspektrum der ursprünglichen Politischen Akademie Eichholz wurden mehr und mehr erweitert und professionalisiert und führten schließlich zu eigenständigen Instituten: Das „Institut für internationale Solidarität“ ab 1962; die Abteilung „Studienförderung“ ab 1965; das „Wissenschaftliche Institut“ (WIKAS) ab 1967; das „Institut für Kommunalwissenschaften“ 1971 bis

1992; das „Bildungswerk“ mit regionalen Bildungsaufgaben ab 1975; das „Archiv für Christlich-Demokratische Politik“ ab 1976.

Trotz verschiedener Neugliederungen und Koordinierungsmaßnahmen in den folgenden Jahren und Jahrzehnten bis in die Gegenwart hat die Konrad-Adenauer-Stiftung die Ende der siebziger Jahre abgeschlossene Gestaltung mit ihren verschiedenen Organisationseinheiten konsequent beibehalten und weiter ausgebaut. Das bei der Gründung festgelegte Leitmotiv der politischen Bildung wurde ebenso gradlinig weitergeführt, so dass die Worte des langjährigen Stiftungsvorsitzenden Bruno Heck zum 25-jährigen Bestehen der Stiftung im Jahr 1981 bis heute gültig geblieben sind:

„Die vielfältige Arbeit, die von der Konrad-Adenauer-Stiftung in Deutschland, in Europa und darüber hinaus weltweit geleistet wird, erhält ihre gemeinsame Gestalt von den gleichen Perspektiven der Überzeugungen und Grundsätze, die Konrad Adenauers Politik getragen und Gestalt gegeben haben, angewandt unter je anderen und immer wieder neuen Verhältnissen. Die politische Bildung gilt der großen Volkspartei, die sich in ihrer Verantwortung religiös, im christlichen Glauben verankert versteht: der Union, die verschiedene Konfessionen in sich vereinigt, keine Klassen kennt, sich keiner Gruppe der Bevölkerung speziell verpflichtet weiß. Dem Namen Konrad Adenauers verpflichtet, ist die Arbeit der Stiftung zu verstehen, die seinen Namen trägt, ihre Arbeit in Deutschland, Europa und der Welt.“

Zukunft der abendländischen Menschheit

„[...] die Zukunft der abendländischen Menschheit (ist) durch keine politische Spannung so sehr gefährdet wie durch die Gefahr der Vermassung, der Uniformierung des Denkens und Fühlens, kurz, der gesamten Lebensauffassung und durch die Flucht aus der Verantwortung, aus der Sorge für sich selbst.“

Konrad Adenauer auf dem Deutschen Handwerkstag in Düsseldorf am 27. April 1952.